

IG Metall: Konstituierende Sitzung der neugewählten Delegierten der Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim

Leiharbeit sorgt für Entgelt-Ungerechtigkeit

Tauberbischofsheim. Zu ihrer konstituierenden Sitzung trafen sich die neugewählten Delegierte der IG Metall Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim in der Werbacher Tauberhalle, um Bilanz über die Arbeit der vergangenen vier Jahre zu ziehen und ihren geschäftsführenden Ortsvorstand neu zu wählen.

Der Erste Bevollmächtigte Wolfgang Breuer ergänzte seinen vorliegenden schriftlichen Geschäftsbericht mit einem kurzen Rückblick auf die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, vor denen auch die Gewerkschaftsarbeit vor Ort zu bewerten sei. Die Entstehung weltweiter Produktions- und Handelsnetze und ein globalisierter Kapitalverkehr betreffe längst nicht mehr einzelne Großkonzerne, "sondern auch kleine und mittelständige Unternehmen unserer Region sind international tätig. Die Beschäftigten sind davon häufig unter drohenden Produktionsverlagerungen nicht allein durch die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze, sondern auch mit Forderungen ihrer Arbeitgeber nach Einkommenskürzungen und unbezahlter Erhöhung der Arbeitszeiten direkt betroffen", so Breuer. Als Schwerpunkt seines Berichts benannte er die großen Auseinandersetzungen dazu in einzelnen Unternehmen.

Für die künftige Arbeit skizzierte Wolfgang Breuer neben der jeweils vorrangigen Betreuung der Arbeitnehmer und ihrer Betriebsräte bei aktuellen Konflikten die überregionalen Aufgaben heraus. Kernaufgabe bleibe natürlich die Tarifpolitik beginnend mit Entgelttarifrunde schon im Herbst dieses Jahres. 2009 laufen die Tarifverträge zur Altersteilzeit (gebunden an die auslaufende Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit) aus. Unabdingbar sei jedoch für die Beschäftigten die Möglichkeit vor ihrem 67. Lebensjahr finanziell abgesichert aus den Betrieben ausscheiden zu können. Neben der Notwendigkeit eines neuen Tarifvertrages werde sich die IG Metall weiter dafür stark machen, dass die Rente mit 67 zurückgenommen werde.

Als weiteren Aufgabenschwerpunkt kündigte der Bevollmächtigte die bundesweit angelaufene Kampagne der IG Metall gegen die Zunahme der Vergabe von Leiharbeit an. Laut einer aktuellen Bestandsaufnahme spiele Leiharbeit in 18 Betrieben seines Betreuungsbereiches mittlerweile eine ernst zunehmende Rolle. Für die Beschäftigten besorgniserregend hoch sei der Anteil von Leiharbeit in den Firmen Ruppel in Lauda-Königshofen sowie der Firma König in Wertheim. Die Anzahl von Leiharbeitnehmern steige zu Lasten der Festangestellten. Dies gelte es einzudämmen, einerseits zu Gunsten der abgesicherten Festarbeitsverhältnisse und um der dabei teils gravierenden Entgelt-Ungerechtigkeit einen Riegel vorzuschieben.

Verwaltungsstellenintern sei die IG Metall Tauberbischofsheim in Bezug auf einen stabilen Mitgliederstand, eine gute Kassenlage und künftig mit einer vierten hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärin auch personalmäßig für die vorliegende Arbeit gut gerüstet.

Vervollständigt wurde der Rechenschaftsbericht mit dem Beitrag des zweiten Bevollmächtigten, Gerd Koch, zum Stand der Umsetzung des Entgeltrahmenabkommen (kurz ERA). Dies tarifpolitische Reformenprojekt regle neue Entgeltstrukturen in der Metall- und Elektroindustrie. Es gleiche die Eingruppierungen den veränderten Anforderungen in der heutigen Arbeitswelt an, mache Schluss mit überholten Unterscheidungen, etwa zwischen Arbeiter und Angestellten und schaffe so mehr Einkommensgerechtigkeit. Die komplizierte jeweils einzelbetriebsbezogene ERA-Umsetzung sei fast in allen tarifgebundenen Betrieben der Verwaltungsstelle erfolgreich für die Beschäftigten abgeschlossen.

Nach dem Revisionsbericht zur Kassenführung konnten auch die Geschäftsführer und die Ortsvorstandsmitglieder für ihre Arbeit einstimmig entlastet werden.